



Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdLa.D., Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, E. Kopp, H. Leverkus, BM B. Lisbach, B. Meier-Augenstein, OB a.D. J.Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, A. Salomon MdL., B. Schäfer-Wiegand, C. Schmiedel MdL a.D., R. Schmitt-Illert, A. Schoch MdL, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, BM C. Staab, J. Stober MdLa.D., T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, Prof. Dr.-Ing. R. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

Informationen für die Medien

Landesvereinigung: Verfassungsauftrag nicht erfüllt

Nach wie vor Ungleichgewichte bei Infrastrukturförderung

Karlsruhe (2. Oktober 2019). Vor vier Jahren hat der Landtag von Baden-Württemberg die Landesverfassung geändert und Artikel 3a ergänzt. Dort steht seit dem 25. September 2015 dieser Satz: „Der Staat fördert gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen im gesamten Land“.

Die Landesvereinigung Baden in Europa e.V. hat bei ihrer jüngsten Jahreshauptversammlung festgestellt, dass dieser verfassungsgemäße Anspruch nach wie vor nicht erfüllt ist und dies in einer einstimmig gefassten Resolution bedauert. Der Text geht nun an alle Abgeordnete des Landtags sowie an die Landesregierung. Vor allem beklagen die Mitglieder der Landesvereinigung die nach wie vor ungleiche Finanzausstattung der Landesteile, gemessen an den Bevölkerungszahlen. In Württemberg lebten 54 Prozent der Bürgerinnen und Bürger des Landes, in Baden 46 Prozent. Die Resolution nennt Beispiele. Wörtlich heißt es dort: „So wurden z. B. für Kulturbauten (Theater, Bibliotheken, Museen etc.)

in Württemberg 223,6 Millionen, in Baden dagegen nur 77,5 Millionen investiert.

Missverhältnisse bestehen auch in Förderung von Schulbauten, Städtebau, Krankenhaus- und Straßenbau.

Als weiteres Beispiel nennt die Resolution den Verein „Lernort Zivilcourage & Widerstand“, der auf dem Areal des ehemaligen KZs Kislau einen Lernort zur badischen NS-Geschichte errichten möchte. Wörtlich: „Es fehlen ihm aber die Räumlichkeiten. Auch hier muss festgestellt werden, dass im württembergischen Landesteil für sechs Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus viele Millionen Euro vom Land investiert wurden.“ Und weiter: „Wir bitten dringend, in den Landeshaushalt 2020/2021 Mittel einzustellen, die eine zeitnahe Umsetzung dieses wichtigen Bildungsprojekts ermöglichen.“

Abschließend appellieren die Mitglieder der Landesvereinigung an Landtag und Landesregierung, die Ungleichbehandlung des Badischen Landesteils zu beenden.

1.Vorsitzender: Prof. Dipl.-Ing. Robert Mürb
Andersenstr. 7, 76199 Karlsruhe
Tel. 0721- 9896958, Fax 0721-882563
E-Mail: rmuerb@lv-baden.de

Stellvertretender Vorsitzender
Michael Obert
Bürgermeister a.D.
E-Mail: michael.obert@lv-baden.de

Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Hubert B. Keller
E-Mail: hubert.keller@iai.fzk.de

Volksbank Karlsruhe: IBAN: DE55 6619 0000 0070 0465 04 BIC: GENODE 61KA1
BBBank Karlsruhe: IBAN: DE05 6609 0800 0007 0427 36 BIC: GENODE61BBB
Sparkasse Karlsruhe: IBAN: DE18 6605 0101 0022 3115 91 BIC: KARSDE66XXX